



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION
PRESSESTELLE

Hinweise zum Definitionssystem der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
- sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richten.

Darüber hinaus werden Tatbestände gem. §§ 80-83, 84-86a, 87-91, 94-100a, 102- 104a, 105-108e, 109-109h, 129a, 129b, 234a oder 241a StGB erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann.

Politisch motivierte Gewaltdelikte sind solche, die neben der politischen Motivation eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lassen: Tötungsdelikte, Brandstiftung, Sprengstoffdelikte, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sexualdelikte, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr.

Nicht zuordenbare Politisch motivierte Kriminalität umfasst Straftaten, bei denen die politische Motivation zwar bejaht wird, die jedoch keinem der drei Phänomenbereiche (Rechts, Links, Ausländer) zugeordnet werden können (z.B. Beschädigung von Wahlplakaten durch unbekannte Täter).

Übersicht: Politisch motivierte Kriminalität 2016 (Baden-Württemberg)

	2015	2016	Zu-/ Abnahme	Zu-/ Abnahme in %	Aufklärungs- quote 2016
Politisch motivierte Kriminalität insgesamt	2.822	3.240	+ 418	+ 14,8 %	41,8 %
darunter:					
Gewaltdelikte insgesamt	318	315	- 3	- 0,9 %	62,2 %
Politisch motivierte Kriminalität - „ Rechts “	1.604	1.456	- 148	- 9,2 %	42,0 %
davon Gewaltdelikte	76	46	- 30	- 39,5 %	58,7 %
Politisch motivierte Kriminalität - „ Links “	660	736	+ 76	+ 11,5 %	33,2 %
davon Gewaltdelikte	156	118	- 38	- 24,4 %	60,2 %
Politisch motivierte „ Ausländerkriminalität “	296	555	+ 259	+ 87,5 %	57,1 %
davon Gewaltdelikte	75	132	+ 57	+ 76,0 %	65,9 %
Phänomenbereich „ nicht zuzuordnen “	262	493	+ 231	+ 88,2 %	36,5 %
davon Gewaltdelikte	11	19	+ 8	+ 72,7 %	57,9 %

- Das anonyme Hinweisgebersystem ist auf den Internetauftritten jeder Polizeidienststelle, der Startseite der Polizei (<http://www.polizei-bw.de>) und des Innenministeriums (<http://www.innenministerium.badenwuerttemberg.de/>) abrufbar.
- Präventionshinweise zum Rechtsextremismus sind auf den Präventionsseiten der Polizei (<http://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/rechtsextremismus/>) erhältlich.
- Ausstiegshilfen der „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex)“ sind unter (<https://www.polizei-bw.de/Dienststellen/LKA/Seiten/default.aspx>) zu finden.
- Unter dem Dach des Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) wurde eine Beratungsstelle in Stuttgart eingerichtet, in der sich radikalisierende Personen aber auch deren Angehörige oder soziales Umfeld Hilfe finden. Sollte bereits eine Radikalisierung stattgefunden haben, wird Hilfe zum Ausstieg gegeben. Beratungstelefon: 0711-72230893, weitere Informationen: www.kpebw.de